INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	13
1. Forschungsstand	16
1.1 Von der Täterforschung zur ‚Volksgemeinschaft‘	16
1.2 Zur Historiographie der Justiz im ‚Dritten Reich‘	24
2. Methodisches Vorgehen und Forschungsfragen	30
2.1 ‚Volksgemeinschaft‘ als Analysemodell?	30
2.2 Juristen als Hüter und Gestalter der Gemeinschaftsgrenzen	39
2.3 Das Potenzial eines regionalgeschichtlichen Ansatzes	44
3. Quellengrundlage	48
4. Überblick über Aufbau und Gliederung der Arbeit	54

TEIL I: ‚VOLKSGEMEINSCHAFT‘ UND RECHT

I GRENZZIEHUNGEN: VOLKSGEMEINSCHAFTSIDEE UND EXKLUSIONSPRAXIS INNERHALB VON STRAFVERFAHREN	59
1. Eingang völkischer Theorien in die Rechtsprechung	60
2. Die Akteure der Strafverfolgung	67
2.1 Zuständigkeiten von Polizei und Justiz in Bremen	68
2.2 Strafverfolgung und Rechtsprechung nach politischer Zweckmäßigkeit	72
2.3 Der Kampf zwischen Polizei und Justiz um Kompetenzhoheit ..	75
3. An den Grenzen der ‚Volksgemeinschaft‘	80
3.1 Die Verfolgung von ‚Gemeinschaftsfremden‘	81
3.2 Die Verfolgung von ‚Volksschädlingen‘	86
3.3 Die Verfolgung von ‚Fremdvölkischen‘	89
3.4 Die unlösbare Definition vom ‚Volksfeind‘	92
4. Strafverfahren vor den Bremer Gerichten	95
4.1 Versuch einer Kriminalstatistik	96
4.2 Die Bremer Rechtsprechung zwischen 1933 und 1945	98
5. Zusammenfassung	106
II ‚VOLKSGEMEINSCHAFT‘ VOR GERICHT: ÖFFENTLICHE WAHRNEHMUNG UND WELTANSCHAULICHE INSZENIERUNG DER VERHANDLUNGEN	109
1. Gerichtsberichterstattung und Informationskontrolle	111

2.	Ablauf und Charakter der Verhandlungen	115
2.1	Äußere Rahmenbedingungen eines Strafprozesses	116
2.2	Die ambivalente Rolle einiger Prozessbeteiligter	120
2.3	Verhandlungsführung und Wirkung in der Öffentlichkeit	126
3.	„Lerneffekte“ bei den Zuschauern? Beispiel und Exkurs: Denunziationen	129
3.1	Denunziationen als notwendiges, herrschaftssicherndes Element	131
3.2	Denunziationen als Teilhabe des Einzelnen an staatlicher Macht	133
3.3	Denunziationen als Ausgangspunkt für Strafverfahren	135
4.	Spielräume und Handlungsoptionen der am Prozess beteiligten Juristen	137
4.1	Zwei Todesurteile des Bremer Sondergerichts	138
4.2	Möglichkeiten und Alternativen der Urteilsfindung	143
4.3	Das Bremer Sondergericht im reichsweiten Vergleich	151
5.	Zusammenfassung	154

TEIL II: ‚VOLKSGEMEINSCHAFT‘ UND JURISTEN

III	DER EINSTIEG IN DEN NS-STAAT: ‚VOLKSGEMEINSCHAFT‘ ALS BASIS FÜR GLEICHSCHALTUNG UND SELBSTBRINGUNG DER JURISTEN	161
1.	Die soziale und politische Zusammensetzung der Bremer Juristen ...	163
2.	Zentralisierung und politische Beeinflussung der Justiz	171
2.1	Die Verdrängung der jüdischen Juristen	173
2.2	Auflösung der Richtervereine und Beitritt der Juristen zum BNSDJ/NSRB	174
2.3	Die ‚Vereichlichung‘ der Justiz	175
2.4	Ausübung politischen Drucks auf die Richter	179
2.5	Die juristische Aus- und Weiterbildung als Erziehung zur NS-‚Volksgemeinschaft‘	183
2.6	Verschärfung des politischen Einflusses auf die Rechtsprechung im Krieg	194
3.	Symbolische Loyalitätsbekundungen und rituelle Vergemeinschaftung	197
4.	Innere Zustimmung der Juristen zum Nationalsozialismus	203
4.1	Die ältere Juristengeneration (Jahrgänge 1870-1899)	204
4.2	Die jüngere Juristengeneration (Jahrgänge 1900-1914)	220
5.	Zusammenfassung	225

IV	UNTER DER OBERFLÄCHE DER ‚VOLKSGEMEINSCHAFT‘: LOYALITÄT UND DISSENS INNERHALB DER BREMER JUSTIZ GEGENÜBER DEM NS-REGIME	231
1.	Diskrepanzen zwischen Verheißung und Realität	233
2.	Verhaltensweisen und Handlungsspielräume der Akteure vor Ort	236
2.1	Streit um die Ausgrenzung der Juden: Dr. Wilhelm Cramer	239
2.2	Enttäuschung über unerfüllte Hoffnungen: Dr. Adolf Petig	243
2.3	Konflikte um die politische Ausrichtung der Justiz: Dr. Werner Brendel	251
2.4	Differenzen rund um Ehrenamt und NS-Wohlfahrtspolitik: Dr. Emil Warneken	258
2.5	Machtkämpfe zwischen und innerhalb Partei und Justiz: Dr. Karl Rüter	262
3.	‚Volksgemeinschaft‘ als Kitt und Auslöser sozialer Konflikte	271
4.	Zusammenfassung	279

TEIL III: ‚VOLKSGEMEINSCHAFT‘ UND VERBRECHEN

V	RÜCKKEHR DER ‚EHEMALIGEN‘: WIEDERAUFBAU UND ‚ENTNAZIFIZIERUNG‘ DER JUSTIZ NACH 1945	287
1.	Kriegsende in Bremen	288
2.	Der Wiederaufbau der Bremer Justiz	292
3.	Die ‚Entnazifizierung‘ der Richter, Staats- und Rechtsanwälte	298
3.1	Entlassung und Wiederezulassung des Gerichtspersonals in Bremen	301
3.2	Die Karrieren der ehemaligen Sondergerichtsmitglieder nach 1945	307
3.3	Streit um die ‚Entnazifizierung‘ und Forderungen nach einem Schlusstrich	314
3.4	Ungerechtfertigt kaltgestellt? Zur Nicht-Wiederezulassung einiger Bremer Richter	322
4.	Die strafrechtliche Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland	328
4.1	Lokale Gerichtsprozesse gegen NS-Straftäter	330
4.2	Milde Rechtsprechung, Amnestien und Verjährung	333
4.3	Exkurs: Die Kampagnen der DDR gegen NS-‚belastete‘ Juristen in Westdeutschland	338
5.	Zusammenfassung	343

VI ZWEIERLEI MASS: VERDRÄNGUNG DER NS-VERGANGENHEIT UND VERLEUGNUNG VON VERANTWORTUNG	347
1. Die Gegenwart der Vergangenheit	349
2. Entlastungsstrategien	353
2.1 ‚Unfreiwillige Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Gliederungen‘	355
2.2 ‚Widerstand gegen den Nationalsozialismus‘	364
2.3 ‚Existenzbedrohung, Ohnmacht und Alternativlosigkeit‘	366
2.4 ‚Passive Mitläufer‘	368
2.5 ‚Gesetzespositivismus‘	371
3. Übernahme von individueller Verantwortung	373
3.1 Dr. Fritz Alfes	373
3.2 Johann Albrecht	375
3.3 Dr. Emil Warneken	377
3.4 Nationalsozialistische Moral	388
3.5 Das Versagen der Zeitgenossen	393
4. Schuld als Generationenproblem	396
5. Zusammenfassung	407
SCHLUSS	411
1. ‚Volksgemeinschaft‘ in Paragraphenform	412
2. Wie nationalsozialistisch waren die Juristen?	415
3. Alltagsrelevante Aspekte der Ausgrenzungsgesellschaft	417
4. Reichweite des Analysemodells ‚Volksgemeinschaft‘	419
5. Fortwährende gesellschaftliche Relevanz der Debatte um NS-Justizunrecht	422

ANHANG

Dokumente	427
Quellenverzeichnis	449
Literaturverzeichnis	457
Bildnachweis	491
Abkürzungen	493
Personenregister	495
Verzeichnis rechtlicher Vorschriften	497